

2016-09-08

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



---

## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am  
07.06.2016

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:45 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau

**Es fehlten:**

**Fraktion der CDU**

Schwabe, Jörg

**Fraktion der SPD**

Tschammer, Hans

**Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**

Meier, Klaus

**Verwaltung**

Schlonski, Christiane

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung eröffnete **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 16:30 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es waren neun Stadtverordnete anwesend.

Die Anwesenheitsliste liegt als Anlage 1 bei.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, teilte mit, dass zur Tagesordnung ein Punkt hinzugefügt werden solle. Der Punkt **Vorstellung erster Ergebnisse der 4. Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans** solle als TOP 6.2.2 behandelt werden und die nachfolgenden TOP rücken entsprechend nach hinten.

**Abstimmungsergebnis:**

**9:0:0**

Die Tagesordnung wurde geändert bestätigt.

**3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.04.2016**

**Herr Otto, Fraktion PRO Dessau-Roßlau**, bat um Korrektur der Niederschrift auf Seite 13, Absatz 1, Zeile 10. Es handle sich um 450 KFZ/24h.

Es gab keine weiteren Anmerkungen oder Änderungswünsche.

**Abstimmungsergebnis:**

**6:0:3**

Die Niederschrift vom 19.04.2016 wurde geändert bestätigt.

**4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, informierte, dass es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung folgenden Beschluss gab:  
Vergabe - freiberufliche Leistungen (BV140/2016/IV-80) – Gesamttouristisches Leit- und Informationssystem für die Stadt Dessau-Roßlau.  
Die Beschlussfassung erfolgte zu 9:0:0.

**5 Einwohnerfragestunde**

**Herr Sven Behrend**, Pappelgrund 30, führte aus, dass ihm als Rad- und Autofahrer immer wieder auffiele, dass Radfahrer gegen die Verkehrsregeln verstoßen. So werden beispielsweise Fußwege als Radweg genutzt und auch auf Friedhöfen habe er Fahrradfahrer schon gesehen. Dies empfinde er als pietätlos. Als Autofahrer werde man für jede kleine Verfehlung zur Rechenschaft gezogen. Herr Behrend stellte die Frage, in welcher Höhe Verkehrsverstöße im Jahr 2015 durch die Verwaltung geahndet wurden und wie viele davon für Verstöße von Radfahrer ausgesprochen wurden. Er wollte weiterhin wissen, wie viel Mitarbeiter des Ordnungsamtes für die Verkehrsüberwachung eingesetzt seien, wie viele Mitarbeiter für die Verstöße von Radfahrern eingesetzt werden und ob im Zuge dessen auch Friedhöfe kontrolliert werden.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt

## **6 Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **6.1 Abstimmung zu Lokalterminen des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** äußerte den Wunsch, dass die fünf neu gegründeten Stadtbezirksbeiräte in ihrer Arbeit unterstützt werden sollen. Seiner Auffassung nach sei es daher erforderlich, sich in die einzelnen Quartiere zu begeben, um sich vor Ort über die Problemfelder zu informieren. Dies solle in keinem Fall in Konkurrenz zu den Ortschaften erfolgen. Er schlage vor, in der nächsten Sitzung einen Stadtbezirksbereich aufzusuchen. Die Stadtbezirksbeiräte würden eine Vorbereitungszeit bekommen, um eine Bestandsaufnahme der Problemfelder durchführen zu können und diese, vorbereitend auf einen Vororttermin, schriftlich vorinformieren.

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, fragte, ob es dabei um zusätzliche Termine zu den Ausschusssitzungen gehe. **Herr Schönemann** könne sich vorstellen, die Sitzungen des Ausschusses gelegentlich in den Quartieren stattfinden zu lassen. Es müsse gut geplant werden, damit es nicht zu endlosen Sitzungen komme. Dies könne auch vorgelagert zur eigentlichen Sitzung außerhalb der Tagesordnung stattfinden.

**Frau Benckenstein, Fraktion AfD**, signalisierte, dass sie diese Idee befürworte.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, teile diese Auffassung nicht, weil die Tagesordnung der Ausschusssitzungen erfahrungsgemäß gut bestückt sei. Dafür müsse dann ein separater Termin vereinbart werden. Er sehe es jedoch nicht als Aufgabe des Ausschusses. Dafür seien Vertreter für die Stadtbezirksbeiräte benannt worden, die an den Fraktionssitzungen teilnehmen und diese können die Informationen entsprechend weiterleiten. Grundsätzlich erwarte er jedoch, dass die Anliegen aus den einzelnen Quartieren, durch die Verwaltung gefiltert und an den Ausschuss herangetragen würden.

**Herr Schönemann** entgegnete, dass es ein zusätzliches Angebot des Ausschusses sein soll, die Entwicklung in den Quartieren zu begleiten, um näher an den Problemen und Möglichkeiten dran zu sein. **Herr Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, sagte, es wäre nur dann sinnvoll, wenn es ein konkretes Thema gäbe.

**Robert Hartmann, Fraktion der SPD**, merkte an, dass die Stadtbezirksbeiräte auch Räumlichkeiten im Quartier bereitstellen müssten.

Er werde demnächst Angebote unterbreiten, so **Herr Schönemann**, um sich in Terminen eines Problems oder eines Quartieres zu nähern. **Herr Pietsch, Fraktion CDU**, schlug vor, dass das Thema Entsorgungsfirma Schönemann aufgegriffen werden sollte. **Herr Schönemann** sagte zu, dieses Thema aufzunehmen.

## 6.2 Informationen des Dezernates für Stadtentwicklung und Umwelt

### 6.2.1 Sachstand Bewerbung Landesgartenschau 2022

**Herr Krüger, Büro UKL Ulrich Krüger Landschaftsarchitekten**, stellt in einer Präsentation den Arbeitsstand zur Bewerbung LAGA 2022 vor. Die Präsentation ist als Anlage 2 dem Protokoll beigelegt.

**Herr Mrosek, Fraktion AfD**, merkte an, dass es sich bei dem Gebäude der ehemaligen Berufsschule am Schlossplatz um einen städtebaulichen Missstand handle. Er fragte nach, ob man dieses Gebäude/diese Fläche im Zuge der LAGA 2022, in Anlehnung an die ehemaligen Dessauer alten Buden, neu gestalten könne. **Herr Krüger** pflichtete bei, dass es sich bei diesem Gebäudekomplex und auch bei den nordöstlich gelegenen Plattenbauten nicht gerade um Schmuckstücke handle, die im Zuge der LAGA 2022 eine Veränderung benötigten. **Herr Krüger** fügte an, dass das Büro UKL der Aufbereiter einer guten und schlagkräftigen Bewerbung für die LAGA 2022 sein wird. Sollte Dessau-Roßlau den Zuschlag für die LAGA 2022 bekommen, würde sich ein städtebaulich-landschaftsarchitektonischer Wettbewerb anschließen, der weitere neue Ideen liefern werde. Dem wolle und könne UKL nicht vorgreifen.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wandte ein, dass er bei dem zur Verfügung stehenden Etat keine realistische Chance sehe, diese Idee umzusetzen und dass das finanzielle Hauptaugenmerk auf der Terrasse zur Mulde liege. **Frau Jahn, Amtsleiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, fügte hinzu, dass aus dem vorgestellten Funktionsplan noch ein Gestaltungsplan werde, bei dem auch dieser Punkt Berücksichtigung finden werde. Dieser Gestaltungsplan würde dann zum Abschluss mit dem Konzept zur Abstimmung vorgelegt werden. Ideen für eine andere Nutzung bzw. Bebauung an dieser Stelle gebe es aber schon.

**Frau Benckenstein, Fraktion AfD**, stellte eine Frage zum Verbleib des Grüntunnels. **Herr Krüger** antwortete, dass der Grüntunnel im Konzept enthalten sei. Dazu solle es in nächster Zeit einen Termin bei der Planfeststellungsbehörde zur Abstimmung der terminlichen Realisierbarkeit geben. Der Grüntunnel sei ein wesentlicher Bestandteil der Konzeption zur Verbindung der Innenstadt mit dem Muldeufer und dem Tiergarten. Eine Begleiterscheinung sei dabei die Verschwenkung der Askanischen Straße. Als Nebeneffekt ergebe sich, so **Herr Krüger**, eine Durchbrechung der durchführenden Straßenflucht. Die Verschwenkung sei außerdem notwendig, um eine akzeptable Rampenneigung zu erreichen.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, merkte an, dass die Rampen im Vergleich zur ebenerdigen Grünüberquerung zu gering sind und die südliche Rampe länger sei. **Herr Krüger** korrigierte, dass die Rampenlänge auf beiden Seiten identisch sei. Die Grünbrücke dürfe auch nur unter 80 Meter breit sein, da sie sonst als Tunnel zähle und dafür andere Vor-

schriften gelten. **Herr Otto** signalisierte, dass seiner Meinung nach 80 Meter zu gering seien für die Öffnung ins Grüne. **Herr Krüger** gestand zu, dass die Lösung nicht optimal sei. Diese Länge definiere sich aber durch die „Zwangspunkte“ der Verkehrsknoten nördlich und südlich der Maßnahme. Die Planung laufe zudem zeitlich etwas versetzt durch die Brückenplaner und benötige eine Abstimmung für eine gestalterische und städtebaulich optimierte Lösung. Diese müsse dann natürlich genehmigungsfähig und finanzierbar sein.

**Herr Otto** konstatierte, dass dies der teuerste Baustein der LAGA werden wird und gab zu bedenken, dass man Aufwand und Nutzen gegeneinander abwägen müsse. **Herr Schönemann** fügte hinzu, dass es um die planerische Philosophie des Projektes, unter Beachtung von Kosten und Nutzen, ginge und hier die Vision verfolgt werden solle, die Stadt wieder an die Mulde heran zu bringen. Durch die Zäsur der Straße bedarf es einer Kompensationsfläche. Dabei müsse geschaut werden, was kostenseitig leistbar sei.

**Herr Mrosek** hinterfragte, ob die Betrachtung der Hochwassergefahr an dieser Stelle beachtet wurde. **Herr Schönemann** klärte auf, dass sich hier eine Synergie aus Hochwasserschutzproblematik und LAGA ergeben solle.

**Herr Hartmann, SPD-Fraktion**, hinterfragte, ob auf den Flächen auch Vegetation, beispielsweise Sträucher und Bäume, geplant sei, weil diese im Plan auf Grund des gestalterischen Aspektes nicht erkennbar seien. **Herr Krüger** versicherte, dass dies im Rahmen des Wettbewerbs mit berücksichtigt werden würde.

**Herr Schönemann** regte eine Visualisierung des neuralgischen Punktes an, um damit die Vorstellbarkeit und Akzeptanz dieses Projektes positiv beeinflussen zu können.

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, vergewisserte sich, ob der Parkplatz am August-Bebel-Platz im Wesentlichen aufgegeben werden solle. **Frau Jahn**, antwortete, dass der Parkplatz für die Zeit der LAGA vollständig aufgegeben wird, aber die Umgestaltung in dem Maße erfolgen solle, dass im Anschluss noch Teile des Platzes wieder als Parkplatz genutzt werden können. Es gebe Gespräche mit den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke, den Bewohnern zukünftig eigene Flächen als Parkmöglichkeit anzubieten. Der Platz sei aber derzeit nie voll besetzt. Dies eröffne die Möglichkeit, Teile dieses Platzes aufzugeben und zu begrünen.

**Herr Dr. Melchior** hinterfragte, wie die Askanische Straße in das Projekt LAGA eingezogen werden könne. **Herr Krüger** sehe mehrere Möglichkeiten für die Umgestaltung, die sich durch die Reduzierung auf zwei Fahrspuren ergeben könnten. Durch Bepflanzung mit Bäumen könne eine Art Flaniermeile zwischen Museumskreuzung und Tiergartenbrücke gestaltet werden. Damit würde die Straße zukünftig attraktiver werden. Diesen Einwand werde mit Sicherheit auch die Bewertungskommission haben. **Frau Jahn** fügte hinzu, dass die Visionen in diesem Bewerbungskonzept dargestellt werden sollen. Sollte es, nach Erteilung des Zuschlages, zeitlich und finanziell nicht umsetzbar erscheinen, dann müsse im Rahmen des Wettbewerbes die Aufgabe gestellt werden, eine temporäre Lösung für die Gartenschau zu schaffen. Dies sei eine für die Zukunft vorstellbare Gestaltungsmöglichkeit. **Herr Dr. Melchior** äußerte die Bedenken, dass die Bewertungskommission bei der Vorortbesichtigung von der Askanischen Straße abgeschreckt sein könnte, vor allem in Hinblick auf die Konkurrenten im Bewerbungsprozess. Er könne sich nicht vorstellen, dass es für Gartenschaubesucher attraktiv sein könne, durch die Askanische Straße zu laufen.

**Herr Schönemann** entgegnete, dass es einen besonderen Charme haben könnte, eine Gartenschau im Stadtzentrum zu planen. **Herr Krüger** fügte hinzu, dass sich die Gartenschau aus seiner Sicht zukünftig neue Themen suchen müsse und er sehe es als innovativen Ansatz, den man im Zuge des Rundganges der Bewertungskommission auch deutlich machen müsse. Er hoffe, dass dies auch entsprechende Würdigung finde und nicht zwangsläufig

abschreckend wirken müsse. **Frau Jahn** berichtete im Zusammenhang mit der Askanischen Straße von einer Idee des Herr Ceglarek (DVV) auf dieser Strecke für die Zeit der Gartenschau selbstfahrende Elektroautos zur Verfügung zu stellen. Bei einem Rundgang gemeinsam mit Bürgern wurde auch festgestellt, dass der Weg recht lang sei. Man könne aber auf der Strecke Stationen schaffen, an denen man verweilen könnte, so z. B. der Garten der Georgenkirche oder im westlichen Teil der Askanischen Straße Richtung August-Bebel-Platz. Die dort bereits vorhandenen Beete könnten schöner gestaltet werden. Wenn eine bauliche Veränderung der Straße nicht erreicht werden könne, müsse man überlegen, wie man eine Begrünung des Straßenzuges erreichen könne.

**Herr Schönemann** resümierte, dass am Ende entsprechend der Leistbarkeit entschieden werden müsse. Das Teilstück zwischen Museumskreuzung und August-Bebel-Platz sei auch zum jetzigen Zeitpunkt schon ein Sanierungsfall. **Herr Hartmann** regte an, dass eine Sichtachse für das ehemalige Gropius-Arbeitsamt geschaffen werden und damit der Blick auf das historische Bauwerk wieder freigemacht werden könnte. **Herr Mrosek** fragte, ob auf der Wegstrecke auch Transportmöglichkeit (z. B. Fiaker) eingesetzt werden könnten. **Herr Krüger** antwortete, dass dabei der Konflikt mit Fußgängern bedacht werden müsse, denkbar wäre natürlich eine Art „Tschu Tschu-Bahn“ mit Ein- und Ausstiegsstationen an der Strecke.

**Herr Schönemann** erbat, dass die maßgeblichen Teile der Präsentation der Niederschrift beigelegt werden sollten und bedankte sich für die Ausführungen des Herrn Krüger.

**Frau Benckenstein** fragte nach, ob man eine Information zum Ergebnis der Prüfung bezüglich des Grüntunnels bekommen könne.

**Herr Dr. Melchior** merkte an, dass, nach Information durch eine Kollegin, in Ballenstedt mit der Bewerbung um die LAGA 2022 geworben wird und ob das in Dessau-Roßlau auch denkbar wäre. **Frau Jahn** antwortete, dass sie es als Anregung mitnehme und dies prüfen wolle. Sie berichtete weiter über die nächsten Termine:

14. Juni 2016	Oberbürgermeister-Fahrradrunde zu allen Standorten 2. Bürgerversammlung zur Vorstellung Arbeitsstand
16. August 2016	Beschlussvorlage Konzept LAGA 2022 im Ausschuss Bauwesen, Verkehr und Umwelt
31. August 2016	Beschlussvorlage Konzept LAGA 2022 im Stadtrat

**Frau Benckenstein** stellt die abschließende Frage, ob man von dem eingereichten Konzept bei der Umsetzung zu einem gewissen Maße abweichen könne. **Frau Jahn** antwortete, dass das Konzept die Grundlage bilde.

## **6.2.2 Vorstellung erster Ergebnisse der 4. Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans**

**Herr Ohm, IVAS Verkehrsanlagen Dresden**, stellt in einer Präsentation die ersten Ergebnisse der 4. Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes vor. Die Präsentation ist als Anlage 3 beigelegt.

Das Büro hat von den vier Schritten, in die das Konzept aufgegliedert ist, bereits zwei Stufen abgearbeitet. Dies sind die Analyse mit Bestandsverkehrsmodell und die Verkehrsprognose. Nun werden die Verkehrsuntersuchungen und Wirkungsanalysen im Straßennetz sowie das Handlungskonzept erarbeitet.

Die Verkehrsprognose zeige, so **Herr Ohm**, einen zukünftig deutlichen Rückgang der Verkehrsmengen im gesamten Stadtgebiet. Dies betrifft den Binnenverkehr sowie den Quell- und Zielverkehr und im geringeren Ausmaße auch den Durchgangsverkehr. Dazu wird im Binnenverkehr eine Veränderung des „Modal splits“ hin zum Fahrradverkehr prognostiziert.

Außerdem wurden bereits die Maßnahmen des Lärmaktionsplanes bewertet, die einen deutlichen Effekt für die Hauptachse im Stadtzentrum und eine Verlagerung auf die Randlagen zeigen. Aber auch die Einführung von 30er-Zonen mindern Lärmbelastungen, ohne dass es zu problematischen Verdrängungseffekten komme.

Es gibt keine Nachfragen. Herr Schönemann bedankt sich für die Ausführungen.

### **6.2.3 Sachstand Ostrandstraße**

**Herr Meister, stellvertretender Dezernent für Stadtentwicklung und Umwelt**, führte aus, dass bei der Planung des Projektes von einer Stagnation des Verkehr in der Zukunft ausgegangen wurde und der zuvor vorgestellte Verkehrsentwicklungsplan auch auf das Projekt Ostrandstraße Auswirkungen haben wird. Dazu müsse allerdings noch die Stufe 3 und 4 des Verkehrsentwicklungsplanes abgewartet werden. Er schätze ein, dass der Bearbeitungsstand zur behördlichen Erstausrichtung gut sei. Die erste Stufe sei zu 85 % abgearbeitet, jedoch habe sich die Anzahl der Gesamtthemen von 290 auf 384 erhöht. Hemmnisse entstünden durch fehlende Zuarbeiten der Fachbehörden. Diese begründen sich zum Teil auf fehlende Personalkapazität. Er sehe die Beschlussfassung in diesem Jahr noch als machbar an, aber die Zuarbeiten seien die Voraussetzungen dafür.

**Herr Schönemann** fragte, wie der Stand der Personalkapazitätsproblematik sei. **Herr Pfefferkorn, Amtsleiter des Tiefbauamtes**, antwortete, dass der Schwerpunkt im Tiefbauamt liege. Der favorisierte Kandidat hat seine Bewerbung leider zurückgezogen. In einem zweiten Bewerbungsverfahren sollen nun zwei Kandidaten, mit entsprechender Ausbildung, ausgewählt werden, um die vakanten Stellen zu besetzen. Das Gespräch zum Personalbedarf Projekt Ostrandstraße finde am 21. Juni statt.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, stellte fest, dass bei der bestehenden Personalproblematik eine Prioritätensetzung durch die Leitungsebene erfolgen müsse.

### **6.2.4 Sachstand Muldebrücke**

**Herr Pfefferkorn, Amtsleiter des Tiefbauamtes**, erstattete darüber Bericht, dass der Betonierabschnitt für das Widerlager Stadtseite am 31. Mai absolviert wurde und momentan die Ausschalarbeiten laufen. Bis in den Juli hinein sollen die Hinterfüllung des Widerlagers und die Verfüllung der Baugrube bis zur Arbeitsebene erfolgen. Dadurch wird der Erdstoffberg

abnehmen, der derzeit die Sicht für die Kamera einschränkt. Die Mittelpfeiler sind fertiggestellt und die Arbeiten am Widerlager Ostseite (Betonage des Unterwasserbetons) erfolgte am 26./27. Mai. Die Schalung und Betonage der Pfahlkopfplatte folgt in KW 25. Die Schalung und Bewährung des Widerlagers beginnt am 27. Juni. Die Vorfertigung der Überbauten im Stahlwerk Niesky ist abgeschlossen. Der Antransport der Kräne erfolge am letzten August-Wochenende, die Trägersegmente werden am 29./30. August angeliefert und die Montage erfolge dann vom 30. August bis 01. September. Der Zustand der Behelfsbrücke sei derzeit verkehrsgerecht. In Hinblick auf die Bauzeitverzögerung wurde ein Büro für Bauablaufstörung aus München beauftragt, ein Schiedsgutachten zu erstellen, um eine außergerichtliche Lösung in einem kosten- und zeitsparendem Verfahren zu erreichen. Auf ein eigenes Gegengutachten durch die Stadt wurde verzichtet. Hier wurde Vertrauen in den unabhängigen, neutralen Gutachten gelegt. Beide Parteien erklärten sich im Vorfeld bereit, sich dem Gutachten zu beugen. Der nächste Termin finde nun am 27. Juni mit Herr Dr. Bartsch statt.

Es wurde, so **Herr Pfefferkorn**, eine aktuelle Gesamtkostenprognose erstellt. Diese berücksichtigt vorsorglich die bisherigen Ablaufstörungen und Erschwernisse. Danach erhöht sich die Bausumme über alle Lose einschließlich Baunebenkosten, Planung, voraussichtliche von 18.150.000,00 Euro auf 20.155.000,00 Euro. Es gab Gespräche mit dem Land als Fördermittelgeber, ein präzisiertes Fördermittelantrag werde momentan vorbereitet und das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr hat Unterstützung zugesagt. Es müssen allerdings alle Einzelposten belegt werden, bevor Fördermöglichkeiten festgelegt werden. Zu bedenken sei, dass alle Aussagen/Entscheidungen zum Bauzeitenplan Auswirkungen auf die Kosten haben werden.

**Der Ausschussvorsitzende Herr Schönemann** fragte nach, ob dies bedeute, dass der Bauzeitenplan am 27. Juni dann verbindlich sei. **Herr Pfefferkorn** entgegnete, dass das noch nicht der abschließende Termin sein werde. Zu diesem Termin liege das neutrale Gutachten vor und beide Parteien treffen dann zum Klärungsprozess zusammen. Herr Pfefferkorn rechnet damit, dass der Prozess noch den gesamten Juli in Anspruch nehmen werde. **Herr Schönemann** konstatierte, dass in absehbarer Zeit ein verbindlicher Bauzeitenplan aufgestellt werden sein wird und damit ein Endtermin fixiert werden könne.

**Herr Hartmann, SPD-Fraktion**, fragte nach, ob die Brückentröge aus dem Werk Stahlbau Niesky sofort verbaut werden oder noch zwischengelagert werden. **Herr Pfefferkorn** antwortete, dass die Teile ohne Zwischenlagerung sofort verbaut werden.

**Herr Mrosek** erkundigte sich, wie hoch die Angebote damals waren und bei welcher Summe man auf Grund der Bauzeitverzögerung heute sei und ob nicht bei der Ausschreibung zu viel Gewicht auf dem Bauzeitenplan gelegen habe, der nun bereits massiv gestört ist. Der zweite Anbieter bei der Ausschreibung hätte damals einen Plan vorgelegt, der eine Fertigstellung nur 6 Wochen später angezeigt habe. Es habe Hinweise gegeben, dass es bei der 2. Vergabe Kriterienänderungen gegeben habe. **Herr Pfefferkorn** zeigte sich über die Frage verwundert. Das Vergabeverfahren wurde nach EU-Norm – eine transparente VOF-Vergabe – durchgeführt. Es wurden keine Kriterien verändert, diese sind verbindlich und bei einer Veränderung der Kriterien wäre die gesamte Vergabe durch die Mitbewerber in Frage zu stellen gewesen. Dies musste bei der zweiten Vergabe auf jeden Fall verhindert werden. Eine Bauzeiteinsparung von 6 Wochen fiel bei der Bewertung neben den Kosten aber merklich ins Gewicht.

Es gab keine weiteren Nachfragen.

## 6.2.5 Sachstand Kavalierstraße und Umfeld Bauhausmuseum

**Herr Jähne, Projektsteuerer Kavalierstraße und Umfeldgestaltung Bauhausmuseum,** stellt in einer Präsentation den Arbeitsstand zur Kavalierstraße und zum Umfeld Bauhausmuseum vor. Die Präsentation ist als Anlage 4 beigefügt.

**Herr Hartmann, Fraktion SPD,** fragte nach, ob sich die archäologischen Grabungen nur auf die rot markierten Felder beschränken. **Herr Jähne** antwortete, dass nach heutigem Stand nur dort Grabungen stattfinden wo die Kerne des Gebäudes in das Erdreich hinein ragen. Die anderen Flächen bleiben grundsätzlich unberührt. Stößt man bei den Grabungen auf Funde, kann es zu einer Ausweitung der Grabungsflächen führen. Die Gruben werden im Anschluss nicht verfüllt, aus Kostengründen bleiben diese gleich offen.

**Herr Schönemann, Ausschussvorsitzender,** fragte nach, ob ein symbolischer Bauauftakt und eine Kamerabegleitung des Bauvorhabens geplant seien. **Herr Jähne** antwortete, dass ein symbolischer Bauauftakt derzeit nicht vorgesehen sei. Er gab zu bedenken, dass dies mit Kosten verbunden ist. Weiterhin gehe es um die bauvorbereitenden Maßnahmen und man wolle der Stiftung als Bauherr nicht die Show stehlen. Diesbezüglich möchte Herr Jähne die Abstimmung zur Pressemeldung abwarten und nimmt die Anfrage auf.

**Herr Schönemann** merkte dazu an, dass das Miteinander zwischen SBD und Verwaltung eher ein Nebeneinander sei. Und die Abstimmung der Details, auch im Gestaltungsbeirat, zur Anbindung der Außenanlage, auch in Verbindung mit dem Freiraumplaner, bringt noch erhebliche Fragezeichen mit sich. **Herr Jähne** gab zu bedenken, dass dem Fachplaner erst vor wenigen Tagen der Auftrag erteilt wurde und momentan eine Abstimmung stattfindet. Eine Festlegung im Außenbereich mache noch keinen Sinn, solange nicht verbindlich feststeht, wo das Gebäude gebaut werden soll. Die Kamerabegleitung erfolgte durch die Stiftung, sollte eine Kamera auf das Areal Kavalierstraße gerichtet werden, gab er zu bedenken, dass hier noch eine rechtliche Prüfung erforderlich wäre.

**Herr Schönemann** hakte nach, ob das Beleuchtungskonzept im Ausschuss noch einmal besprochen werde, Herr Jähne verneinte dies, da das Konzept abgeschlossen sei. Dieses Konzept fließt jetzt in die Ausführungsplanung ein, die Kosten und die Ausführungsplanung wird dann durch den Ausschuss freigegeben bevor sie realisiert wird. Die Details werden dazu im Ausschuss noch einmal vorgestellt. Das könne aber erst in Leistungsphase 5 erfolgen.

**Herr Mrosek, Fraktion AfD,** stellte fest, dass bereits in der ersten Phase eine Kostensteigerung zu verzeichnen sei. Er gab zu bedenken, dass auf dieser Fläche vormals große Häuser standen und dass diese Bedenken bereits bei der Festlegung des Standorts Bauhausmuseum vorgebracht wurden. **Herr Jähne** entgegnete, dass es um den Baugrund der Kavalierstraße gehe und dort nie Häuser gestanden haben.

**Frau Benckenstein, Fraktion AfD,** fragte nach, ob eine Änderungen der Platten grundsätzlich noch zu einer Kostensteigerung im Nachhinein führen würde. **Herr Jähne** erörterte, dass die Kostensteigerung für die Änderung der Platten, nach dem derzeitigen Wunsch der Stiftung Bauhaus, bereits berücksichtigt wurden. Jedoch können weitere Änderungswünsche bezüglich der Platten sowohl eine Kostensenkung, als auch eine weitere Kostensteigerung nach sich ziehen. Aus Sicht der Verwaltung können aus diesem Grund auch nicht allen Änderungswünschen der Stiftung entsprochen werden. Es gehe hier darum, abzuwägen, ob und wie Änderungswünsche umsetzbar sind und welche Auswirkungen dies auf den Zeitplan beziehungsweise auf die Gesamtkosten des Projektes haben wird. Herr Jähne konstatierte,

dass grundsätzlich alle Änderungswünsche umsetzbar seien, aber damit unweigerlich eine Verzögerung von 12 bis 15 Monaten verbunden wäre. In Folge dessen sei eine Fertigstellung bis 2019 nicht mehr realisierbar. All das seien Argumente, die gegen bestimmte Änderungswünsche sprechen. **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wies darauf hin, dass bei der Wahl der Platten darauf geachtet werden müsse, dass diese durch hiesige Unternehmen hergestellt werden können und nicht durch exotische Maße von vornherein ein Ausschluss ansässiger Unternehmen erfolge. Er möchte sichergestellt wissen, dass der vorgesehene Wettbewerb durch gewisse Anforderungen am Ende nicht als Wettbewerb durchzuführen ist.

**Herr Otto** bemerkte weiterhin, dass die Abstimmung mit der Stiftung Bauhaus, wie schon in der letzten Ausschusssitzung angemerkt, an der Politik vorbei erfolge. Die Politik habe keine Kenntnis über die konkreten Vorstellungen der Stiftung. Er fühle sich vor vollendete Tatsachen gestellt. Er habe noch keine Antwort auf die Frage nach dem Mindestabstand zwischen den Haltestellen erhalten und auch in dem Vortrag des Herrn Jähne sei diese Frage nicht beantwortet worden. **Herr Jähne** argumentierte, dass bezüglich der Abstimmung der Haltestelle bis jetzt keine Entscheidung getroffen wurde, sondern lediglich eine Abwägung des Für und Wider erfolgt. Durch die Verwaltung wurden die Vorschläge der Stiftung geprüft und die Konsequenzen aus diesen Änderungswünschen wurden aufgezeigt. Die Bereitschaft, Änderungswünsche der Stiftungen aufzunehmen, bestehe grundsätzlich. **Herr Otto** warf Herrn Jähne vor, dass die Änderungswünsche der Stiftung Bauhaus dem Ausschuss nicht vorgestellt wurden, um als Ausschuss darüber befinden zu können.

**Herr Schönemann** stellte klar, dass die Grundlage der Beschlusslage die Ausschreibung für das Gesamtprojekt sei und dass Herr Jähne auf Basis der Beschlüsse tätig sei. Das Kernproblem, aus Sicht des Herrn Schönemann, sei, dass es Differenzen gibt, über die es innerhalb von 3-4 Wochen eine Einigung bezüglich der maßgeblichen Dinge geben müsse.

**Herr Jähne** resümierte, dass es wichtig sei, die Auswirkungen gewisser Entscheidungen zu kennen und sich bewusst zu machen, dass es im Ergebnis zu Zeitplanverzögerungen kommen wird. Die geforderten Antworten seien in der Präsentation enthalten, auf diese wollte Herr Jähne im Anschluss an seine Ausführungen näher eingehen. **Herr Otto** warf vor, dass ihm die geforderte Antwort nicht schriftlich zugeleitet wurde, die Ausführungen in der Präsentation werte er nicht als schriftliche Antwort. **Herr Schönemann** bat zu entschuldigen, dass auf Grund der Umstände eine schriftliche Antwort durch Frau Schlonski noch nicht erfolgt und Herr Jähne diese stellvertretend in seine Präsentation einfließen ließ. Er forderte Herr Jähne auf, die schriftliche Antwort für Herrn Otto umgehend nachzureichen. Er halte es für wichtig, dass Details im Ausschuss abgesprochen und abgestimmt werden sollten. Jedoch sei das Bauhaus in vielen Fragen noch nicht schlüssig.

## 6.2.6 Informationen zur Umverlegung Elbradweg

**Herr Link, Sachbearbeiter ÖPNV-Aufgabenträger Radverkehr des Tiefbauamtes**, informierte mit einer Präsentation zum Vorhaben Umverlegung Elberadweg. Die Präsentation ist als Anlage 5 beigefügt.

**Herr Hartmann, SPD-Fraktion**, fragte, ob der Radweg nach der Umlegung dann die Bezeichnung R1a tragen würde. **Herr Link** antwortete, dass es eine vollständige Umtrassierung des Elberadweges gehen soll. Da müssen die Reaktionen der Genehmigungsbehörde abgewartet werden.

**Herr Schönemann** ergänzte, dass es hier um die überregionale Akzeptanz gehe.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, fragte nach, ob es eine Analyse gibt, inwieweit bei den Radwanderern überhaupt das Interesse an einer Besichtigung der Dessau-Roßlauer Sehenswürdigkeiten bestünde. Er erlebe die Radfahrer eher als reine Radwanderer. **Herr Link** entgegnete, dass ein Großteil der Radfahrer Interesse an den örtlichen Sehenswürdigkeiten habe, dies beweise auch die durchschnittliche Reisezeit von 8 Tagen. Zudem informieren sich die Radwanderer über die Strecke, die sie befahren und bereiten sich vor und steuern ganz konkrete Ziele an.

## 6.2.7 Sonstige Informationen des Dezernates

### Elballee

**Herr Pfefferkorn, Amtsleiter des Tiefbauamtes**, informierte zum Thema Elballee. Er stellte die Varianten zur Ertüchtigung der Elballee vor.

Variante 1: Grundhafter Ausbau für 4,6 Mio Euro

Variante 2: Vollgebundener Ausbau für 2,8 Mio Euro

Variante 3: Überbauung der vorhandenen Fahrbahn mit einer bituminösen Deckschicht – damit verbunden wäre der ersatzlose Rückbau der vorhandenen Radwege, die durch das Auftreiben der Wurzeln beschädigt sind. Den Bäumen der denkmalgeschützten Allee würde damit mehr Raum gegeben werden. Der grundhafte Ausbau der Gehwege, unter Anwendung der Straßenausbaubeitragssatzung, würde erfolgen. Dies sei mit 1,6 Mio Euro zudem die kostengünstigste Variante.

Weiterhin wird in dem Zusammenhang geprüft, ob die Elballee zur sog. Fahrradstraße angeordnet werden kann. Für die Umsetzung der Maßnahme solle dann das Programm aus der GA-Förderung genutzt werden. Hier könne eine Förderquote in Höhe von 80-90 % erreicht werden. Diese Finanzierungsmöglichkeit müsste nun noch geklärt werden, dazu bedarf es einer Präzisierung der Aufgabenstellung. Realisierbar wäre die Bauleistung dann im Jahr 2018. **Herr Pfefferkorn** erbat sich den Arbeitsauftrag von den Ausschussmitgliedern, um diese Vorzugsvariante weiter verfolgen zu können. Begünstigt würde damit eine vernünftige Anbindung des Elberadweges an die touristischen Sehenswürdigkeiten (z. B. Meisterhäuser und Bauhaus).

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, fragte, was die Aufnahme und Neuverlegung des jetzigen Pflasters kostenmäßig bedeuten würde. **Herr Pfefferkorn** antwortete, dass dies die teuerste aller Varianten wäre und zudem dieses Pflaster auch nicht fahrradfreundlich sei.

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, signalisierte, dass die Variante 3 eine denkbare wäre. An dieser Stelle sei es auch möglich, den Radverkehr auf die Fahrbahn zu verlagern und den Bäumen mehr Raum zu geben.

**Frau Benckenstein** fragte, was die Besonderheit einer Fahrradstraße sei. **Herr Link** antwortete, dass bei einer Fahrradstraße der Vorrang für die Radfahrer gelte, somit keine rechts vor links Regelung Anwendung findet und Fahrradfahrer zudem auch nebeneinander fahren dürfen.

**Herr Otto** merkte an, dass für eine mögliche Entscheidungsfindung eine Kostenübersicht für alle drei Varianten vorliegen müsse, ausweislicher der Fremd- und Eigenanteile und der Lebensdauer. **Herr Schönemann** fasste zusammen, dass die Arbeitsrichtung in dieser Sache klar sei, jedoch der Prüfvorgang der einzelnen Varianten kostenseitig dargestellt werden müsse, um eine Grundlage für eine Entscheidung zu haben. **Herr Pfefferkorn** sagte zu, einen Variantenvergleich nachzureichen.

**Herr Hartmann** erkundigte sich, ob in der Elballee das Parken weiterhin möglich sein wird. **Herr Pfefferkorn** bejahte die Frage. **Herr Dr. Melchior** hinterfragte um welchen Abschnitt der Elballee es sich handle. **Herr Pfefferkorn** verdeutlichte, dass es sich um den ca. 1400 m langen Abschnitt zwischen Kornhaus und Ebertallee handle.

### Ersatzneubau Schwimmhalle

**Herr Bekierz** berichtete zum Baufortschritt Schwimmhalle. Die Medientrasse wird in Kürze fertiggestellt, die Baustelleneinrichtung erfolgt bedarfsgerecht. Aktuell werden die Sondierungen durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst durchgeführt, die bis zum jetzigen Zeitpunkt ohne Erkenntnisse blieben. Im Folgenden beginnen die Bohrungen für die Wasserhaltung und die Bohrpfahlgründungen. Die Arbeiten gehen momentan schneller voran, als es der Bauzeitenplan vorgesehen hat. Der Spatenstich soll am 22. Juni 2016 um 10:00 Uhr stattfinden, die Einladung an die Stadträte ist unterwegs. Herr Bekierz hofft auf rege Teilnahme.

### Projekt „Städte wagen Wildnis“

**Frau Jahn** berichtet zum Thema „Städte wagen Wildnis – Vielfalt erleben“. Im Jahr 2012 gab es einen Stadtratsbeschluss zur Beteiligung an dem Projekt des Bundesamtes für Naturschutz. Die Stadt habe soeben die Bewilligung für dieses Projekt für die nächsten 5 Jahre bekommen. Damit stehe Geld zur Verfügung, um Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, ein Landmeister soll als Ansprechpartner für die Bürger fungieren. Nach der Sommerpause wird Frau Jahn über die Teilstrukturierung des Projektes berichten. Es handelt sich dabei um ein Gemeinschaftsprojekt der Städte Frankfurt a.M., Hannover und Dessau. Dieses Forschungsprojekt wird begleitet von den Universitäten Frankfurt a. M. und Hannover und der Hochschule Anhalt. Das Wertvolumen beläuft sich auf 650.000 Euro für die nächsten 5 Jahre bei einem städtischen Barmittelanteil von 38.000 Euro.

## **6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

**Herr Mrosek, Fraktion AfD**, hinterfragte den Stand der Entwässerungsplanung für die Mühlenstraße in Mosigkau, diese sei vom Oberbürgermeister für Ende Mai zugesagt worden. **Herr Säbel, 1. Sachbearbeiter Planung im Tiefbauamt**, antworte, dass die Entwässerungskonzept abgeschlossen und dem Ortschaftsrat bereits vorgestellt worden sei. Es soll nach einer Abstimmung mit der Amtsleitung dem Ortschaftsrat übergeben werden. Die Umsetzung soll nach Aktualisierung der Prioritätenliste des Ortschaftsrates erfolgen.

**Herr Hartmann** fragte, wie lange die Baustellen in der Kirchstraße und in der Ziebigker Straße noch da seien. **Herr Pfefferkorn** antwortete, dass beide Baustellen noch bis Mitte September bestehen bleiben.

## **7 Beschlussfassungen**

### **7.1 Aufhebung der Anordnung der Umlegung "Bebauungsplangebiet Rotdornweg" Vorlage: BV/139/2016/III-61**

**Abstimmungsergebnis:** 7:0:0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

### **7.2 Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 220 "Ausstellungszentrum für das Bauhaus" - Änderung Geltungsbereich und Billigungs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: BV/145/2016/III-61**

**Abstimmungsergebnis:** 7:0:0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

### **7.3 Durchführung der frühzeitigen Beteiligung zum Bebauungsplan Nr. 168 A1 "BioPharmaPark Dessau" Vorlage: BV/147/2016/III-61**

**Abstimmungsergebnis:** 7:0:0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

### **7.4 Entlassung und Berufung eines vertretenden Mitgliedes für den Bei-**

**rat für Stadtgestaltung**  
**Vorlage: BV/151/2016/III-61**

**Abstimmungsergebnis:**

**7:0:0**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

- 7.5 Befreiung von der Festsetzung des Bebauungsplanes Nr. 102 "Gewerbegebiet West", dass im Baufeld nördlich der Otto-Reuter-Straße die Traufhöhen von Gebäuden maximal 15 m betragen dürfen.**  
**Vorlage: BV/161/2016/III-61**

**Abstimmungsergebnis:**

**7:0:0**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

- 7.6 Teilweise Änderung des Flächennutzungsplanes für den Ortsteil Mosigkau**  
**Vorlage: BV/164/2016/StR**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt,** führte aus, dass es sich bei der BV/165/2016/StR um eine Beschlussvorlage handle, die im Detail erörtert werden müsse. Es gab dazu bereits Vorlauf, die im Ortschaftsrat mittels der Verwaltung auf den Weg gebracht wurde und es somit eine Dopplung gibt. Zu prüfen sei, ob es durch den Vorlauf der Vorlage bereits ergänzende Erkenntnisse gibt oder ob man mit dem Antrag aus dem Ortschaftsrat bereits auf dem richtigen Weg sei.

**Herr Meister, stellvertretender Dezernent für Stadtentwicklung und Umwelt,** erläuterte, dass die Verwaltung vom Ortschaftsrat bereits beauftragt wurde, die Prüfung zur teilweisen Änderung des Flächennutzungsplanes durchzuführen. Zu der Formulierung „Weder der Ortsteil Mosigkau noch dessen Ortsrand sind eine Splittersiedlung“ muss festgestellt werden, dass es dazu einer Einschätzung nach dem Baugesetzbuch bedarf. Herr Meister bat im Falle einer Abstimmung um die Ergänzung „Die Verwaltung wird beauftragt, dies im laufenden Verfahren zur Anpassung des Flächennutzungsplanes zu prüfen.“

**Herr Mrosek, Fraktion AfD,** wies darauf hin, dass der Antrag zur Änderung des Flächennutzungsplanes bereits vor einem Jahr gestellt wurde. **Herr Schönemann** entgegnete, dass vor ca. 4 Wochen die Endabstimmung mit dem Fachbereich stattgefunden habe und die Beschlussvorlage mangels Zuständigkeit so nicht beschlossen werden könne. Es gehe hierbei darum, die Intension der Ortschaft aufzunehmen und dieser Nachdruck zu verleihen. **Herr Mrosek** sagte, dass er im Falle einer Terminsetzung diese Verfahrensweise mittragen könne.

**Frau Jahn, Amtsleiterin für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, führte dazu aus, dass die Verwaltung an einem Gesamtflächennutzungsplan arbeitet und das benötigte Zeit. **Herr Mrosek** befürchtete, dass bis dahin weitere Windkraftanlagen bereits gebaut worden sind. **Frau Jahn** bekräftigte, dass die Verwaltung dahingehend aktiv sei, sie aber dazu noch keine Aussagen tätigen könne.

**Herr Schönemann** griff zu der Thematik auf, dass der Ortschaftsrat und die Bürger über den Prozess informiert werden müssen. Momentan trage es noch den Charakter der Nichtöffentlichkeit, aber dem Ortschaftsrat müsse eine Option erteilt werden, wie weit er informieren kann, welche Schritte eingeleitet wurden und mit welcher Zielrichtung dies geschehe. Er regte an, dass in der nächsten Ortschaftsratssitzung über die nächsten Schritte informiert werden sollte, um den Unmut der Bürger ein Stück weit begrenzen zu können. **Frau Jahn** sagte zu, dies über den Oberbürgermeister zu tun.

**Herr Schönemann** fasste Änderungen des Beschlussvorschlages zusammen. Die vorgeschlagene Ergänzung von Herrn Meister wird als Prüfauftrag in die Vorlage eingefügt. Diese abgeänderte Form wurde durch Herrn Schönemann zur Abstimmung gebracht.

**Abstimmungsergebnis:**

**7:0:0**

Die Beschlussvorlage wurde geändert bestätigt.

**10 Schließung der Sitzung**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** stellte die Öffentlichkeit wieder her und schloss die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 10.09.16

---

Ralf Schönemann

Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Schriftführer